



ZUKUNFT HANDEL

GEMEINSAM FÜR MORGEN:
ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN IM HANDEL

HANDEL STÄRKEN – INNENSTÄDTE LEBENDIG HALTEN

Die wirtschaftliche Lage bleibt angespannt, die Kaufkraft sinkt, und der stationäre Einzelhandel steht unter Druck. Steigende Kosten und Konsumzurückhaltung setzen viele Unternehmen massiv unter Stress. Jetzt braucht es Entlastungen statt neuer Belastungen. Zusätzliche bürokratische oder finanzielle Hürden gefährden die Zukunft des Handels und damit auch die Attraktivität unserer Innenstädte. Ein starker Handel ist Voraussetzung für lebendige Stadtzentren und eine stabile regionale Wirtschaft.

Der Handel ist mehr als ein Wirtschaftszweig. Er sichert Arbeitsplätze, prägt das Stadtbild und ist sozialer Treffpunkt. Jeder Laden belebt die Innenstadt, doch nur ein gesunder Handel kann diese Rolle weiterhin erfüllen. Wird er weiter geschwächt, droht der Verlust von Begegnungsorten

und wirtschaftlicher Stabilität. Unsere Städte verlieren damit nicht nur Kaufkraft, sondern auch Lebensqualität.

Um den Handel zukunftsfähig zu machen, sind verlässliche Rahmenbedingungen notwendig. Statt regulatorischer Eingriffe braucht es gezielte Maßnahmen zur Förderung und Unterstützung. Nur so bleibt der Einzelhandel wettbewerbsfähig, bietet langfristige Perspektiven und hält unsere Städte lebendig.

Auf den folgenden Seiten finden Sie die zentralen Forderungen des Handelsverbandes Baden-Württemberg. Lassen Sie uns gemeinsam für eine starke Zukunft des Handels eintreten. Erfolg braucht Verbündete!

**Ihr Handelsverband
Baden-Württemberg**

*Handel
bewegt und
Handel
verbindet*



Der Einzelhandel und unsere Innenstädte – der Kitt unserer Gesellschaft

Unsere Innenstädte sind weit mehr als nur Einkaufsorte – sie sind Begegnungsräume, soziale Dreh- und Angelpunkte, Orte des Miteinanders. Der Einzelhandel zieht Menschen in die Stadtzentren und schafft damit eine Plattform für Austausch und Interaktion. Nirgendwo sonst treffen so viele verschiedene Gesellschaftsschichten aufeinander, kommen ins Gespräch und erleben Gemeinschaft.

Während in Ländern wie Dänemark bewusst neue Begegnungsräume geschaffen werden, um soziale Interaktion zu fördern, haben wir diese Orte längst – unsere Innenstädte. Doch sie stehen unter Druck: Leerstand, Onlinehandel und Strukturwandel bedrohen ihre Lebendigkeit. Wenn unsere Stadtzentren veröden, verlieren wir nicht nur Einkaufsmöglichkeiten, sondern auch wertvolle soziale Räume.

UNSERE FORDERUNGEN:

- Erhalt und Stärkung lebendiger Innenstädte
- Förderung von Konzepten zur Belebung öffentlicher Räume
- Aktive Unterstützung zur Revitalisierung bereits geschwächter Stadtzentren



ERREICHBARKEIT DER INNENSTÄDTE

Unsere Innenstädte müssen weiterhin für alle Verkehrsträger gut erreichbar bleiben. Im Flächenland Baden-Württemberg ist der PKW nach wie vor ein zentrales Verkehrsmittel für den Einkauf in der Innenstadt. Eine von uns durchgeführte Kundenbefragung ergab, dass knapp 70 % der Befragten den PKW zur Anreise genutzt hatten. Dass der PKW nach wie vor das wichtigste Verkehrsmittel zum Einkauf ist, zeigen auch verschiedene andere Studien. Diesem Umstand muss auch die Politik Rechnung tragen, wenn sie den Einzelhandel nicht drastisch schwächen will.

Die Devise muss daher lauten: Den öffentlichen Nahverkehr gezielt stärken – ohne gleichzeitig die Erreichbarkeit unserer Städte mit anderen Verkehrsträgern einzuschränken oder zu verschlechtern. Wer den Zugang zur Innenstadt künstlich erschwert, sorgt für Kaufkraftverlust und gefährdet die Existenz vieler Händler.

UNSERE FORDERUNGEN:

- Innenstädte müssen weiterhin mit allen Verkehrsträgern gut erreichbar bleiben – eine einseitige Benachteiligung einzelner Verkehrsmittel schadet dem Einzelhandel
- Kostenfreies Parken für E-Fahrzeuge auf allen öffentlichen Parkplätzen in Baden-Württemberg für drei Stunden (analog zu Bayern)
- Die Infrastruktur für alle Verkehrsträger muss instandgehalten und ausgebaut werden



SICHERHEIT UND SAUBERKEIT IN UNSEREN INNENSTÄDTEN

Die gefühlte Sicherheit im öffentlichen Raum nimmt immer weiter ab. Viele Menschen meiden daher zunehmend die Innenstädte – mit gravierenden Folgen für den stationären Einzelhandel. Besonders alarmierend ist die steigende Zahl an Demonstrationen und Versammlungen in zentralen Einkaufszonen. Viele Kundinnen und Kunden, die trotz der oft erschwerten Anfahrts- und Parkbedingungen die Innenstadt besuchen würden, befürchten Ausschreitungen und ziehen es vor, lieber online zu bestellen. Diesem Trend muss die Landespolitik dringend entgegenwirken, damit unsere Innenstädte lebendige Besuchermagnete bleiben.

Neben Sicherheitsmaßnahmen braucht es auch eine gezielte Aufwertung des öffentlichen Raums. Die Deutschlandstudie der CIMA und die Innenstadtstudie der IFH, belegen,

dass attraktive, saubere und einladende Innenstädte der Schlüssel, um Menschen wieder verstärkt für das Einkaufen vor Ort zu begeistern.

UNSERE FORDERUNGEN:

- Baden-Württemberg braucht ein Versammlungsgesetz, das Demonstrationen, bei denen Ausschreitungen zu befürchten sind, leichter verhindert
- Ausreichende Ressourcen bei Polizei und Justiz zur Durchsetzung von Sicherheit und Ordnung in unseren Innenstädten
- Das Land muss Kommunen aktiv bei der Umgestaltung der Zentren zu einladenden, attraktiven Innenstädten unterstützen



LKW-MAUT IN BADEN-WÜRTTEMBERG – EIN WETTBEWERBS- NACHTEIL FÜR UNSERE WIRTSCHAFT

UNSERE FORDERUNGEN:

- Keine LKW-Maut auf Landes- und Kommunalstraßen in Baden-Württemberg

Ein Alleingang Baden-Württembergs bei der Einführung einer LKW-Maut auf Landes- und Kommunalstraßen wäre ein schwerer Fehler. Er würde massive Wettbewerbsnachteile für die heimische Wirtschaft nach sich ziehen – insbesondere in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit und Rezession. Die zusätzlichen Transportkosten würden vor allem den ländlichen Raum treffen, wo viele regionale Produkte hergestellt werden. Diese würden teurer und ließen sich schwerer absetzen, während Unternehmen in anderen Bundesländern einen klaren Kostenvorteil hätten.

Auch der Einzelhandel in ländlichen Regionen wäre überdurchschnittlich benachteiligt. Höhere Logistikkosten könnten sich direkt in den Preisen niederschlagen und damit den stationären Handel weiter unter Druck setzen. In einer Zeit, in der ohnehin Kaufkraftverluste und steigende Betriebskosten den Handel belasten, wäre eine solche Maßnahme unverantwortlich.

LADENDIEBSTAHL – EINE WACHSENDE GEFAHR FÜR DEN EINZELHANDEL

Ladendiebstahl ist längst kein Bagatelldelikt mehr. Die Zahl der Ladendiebstähle in Baden-Württemberg stieg im Jahr 2023 um 24,4 % auf 47.052 Fälle – der höchste Wert seit 2005. Die Dunkelziffer ist jedoch weitaus höher. Der tatsächliche Schaden durch Diebstahl belief sich laut einer Studie des EHI-Instituts in Baden-Württemberg auf rund 580Mio Euro, bundesweit gar auf rund 4Mrd. Diese Entwicklung ist alarmierend und zeigt, dass der Rechtsstaat mit härteren Maßnahmen reagieren muss.

Neben der steigenden Zahl an Einzeldiebstählen wächst auch das Problem des bandenmäßig organisierten Ladendiebstahls. Diese Gruppen agieren hochprofessionell, verursachen massive Schäden, schrecken nicht vor Gewalt zurück und setzen teilweise auch minderjährige, strafunmündige Kinder für ihre Zwecke ein. Dennoch werden Ladendiebstähle oft als Bagatelldelikte behandelt oder - aus meist persönlichen Gründen - nicht weiterverfolgt oder eingestellt. Das senkt die Hemmschwellen und ermutigt zu immer mehr und härteren Straftaten. Wer den stationären Einzelhandel stärken will und den Rechtsstaat aufrechterhalten möchte, muss Ladendiebstahl entschieden bekämpfen, denn Ladendiebstahl ist die Keimzelle für weitere Kriminalität.



UNSRE FORDERUNGEN:

- Baden-Württemberg soll eine Bundesratsinitiative zur Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters einbringen
- Härteres, effizienteres und schnelleres Vorgehen gegen Diebstahl – auch von Banden
- Strafverfolgungsbehörden und Gerichte müssen personell und technisch gestärkt werden/ausgestattet werden, um die Durchsetzung von Sicherheit + Ordnung zu gewährleisten
- Haftplätze erweitern, um Strafen auch tatsächlich vollstrecken zu können

STOPP

ZUKUNFTSFESTER HANDEL UND FINANZIERUNG

Der Einzelhandel braucht kontinuierliche Investitionen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Ob in neue Strategien, Personal, Digitalisierung, Logistik, Marketing oder nachhaltige Konzepte – ohne finanzielle Spielräume sind notwendige Modernisierungen kaum realisierbar. Besonders bei Neugründungen, Expansion oder der Übernahme bestehender Standorte ist ein verlässlicher Zugang zu Krediten entscheidend.

Doch für viele Handelsunternehmen sind Finanzierungen schwieriger denn je. Die Kreditvergabe ist restriktiver, Konditionen haben sich verschlechtert, und erhöhte

Sicherheiten werden verlangt. Gerade kleine und mittlere Unternehmen stoßen dadurch an ihre Grenzen. Dies gefährdet nicht nur betriebliche Weiterentwicklungen, sondern auch die Zukunft unserer Innenstädte. Insbesondere Unternehmensübernahmen werden erschwert – dabei verhindern sie Leerstände und sichern den Branchenmix.

Damit der Handel investieren und wachsen kann, braucht es verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen. Ohne gezielte Unterstützung drohen Standorte wegzubrechen, Arbeitsplätze verloren zu gehen und Stadtbilder an Attraktivität einzubüßen.

UNSERE FORDERUNGEN:

- Niederschwelliges Finanzierungsprogramm für Investitionen in den Handel der Zukunft
- Unterstützung für Expansion und die Übernahme bestehender Standorte, um Leerstände zu verhindern
- Gewährung einer zinslosen Stundungs- und Ratenzahlungsmöglichkeit sowie niederschwellige Niederschlagungsrichtlinien für die Rückzahlung von Soforthilfe und Überbrückungshilfe





BÜROKRATIE – NOTWENDIG, ABER MABVOLL

UNSERE FORDERUNGEN:

- Reduzierung und Vereinheitlichung der Dokumentations- und Berichtspflichten um 50%
- Digitalisierung und Vereinfachung von Behördengängen – automatische Genehmigung nach Fristablauf
- Vereinfachte Umwidmung von Gewerbeflächen zur flexiblen Nutzung
- Praxisgerechte Anpassungen der DSGVO zur Stärkung unternehmerischer Handlungsfähigkeit umsetzen

Bürokratie ist wie Regen: In Maßen sorgt sie für Ordnung und Struktur, doch wenn sie sintflutartige Züge annimmt, droht Chaos. Genau an diesem Punkt befindet sich der Einzelhandel. Unzählige Vorschriften, von Ladenöffnungszeiten bis zur Dokumentationspflicht, binden Ressourcen. Besonders kleine Betriebe haben nicht die Kapazitäten, um den Aufwand zu stemmen.

Die Folge: Hohe Kosten, weniger Innovationskraft und unnötige Belastungen. Klare Regeln sind wichtig, doch der bürokratische Druck darf den Handel nicht ersticken. Vereinfachungen und Digitalisierung könnten

spürbare Entlastung bringen und die Wettbewerbsfähigkeit stärken.

Um den Handel zukunftsfähig zu halten, müssen Hürden abgebaut werden. Weniger Dokumentationspflichten, effizientere Verwaltungsprozesse und eine erleichterte Umwidmung von Gewerbeflächen – etwa von Gastronomie zu Einzelhandel – sind dringend nötig, um Leerstände zu verhindern und den Branchenmix zu erhalten.

FLEXIBLE LADEN- ÖFFNUNGSZEITEN FÜR EINEN ZEITGE- MÄßEN HANDEL

Der stationäre Handel braucht zeitgemäße Rahmenbedingungen, um den Erwartungen der Kundinnen und Kunden gerecht zu werden. Doch in Baden-Württemberg gelten für den Sonntag strenge Regeln für Ladenöffnungszeiten. Dies schränkt nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit ein, sondern erschwert auch notwendige Anpassungen an verändertes Einkaufsverhalten.

Gerade Smart Stores, die insbesondere im ländlichen Raum eine wichtige Versorgungsfunktion übernehmen, bewegen sich in einem rechtlichen Graubereich. Diese automatisierten Geschäfte müssen rechtssicher betrieben werden können, ohne an veralteten Vorgaben zu scheitern.

Auch die Beantragung der verkaufsoffenen Sonntage ist weiterhin mit hohen bürokratischen Hürden verbunden. Hürden, die vor fast 100 Jahren aufgestellt wurden.

UNSERE FORDERUNGEN:

- Flexibilisierung des Ladenöffnungsgesetzes für mehr Handlungsspielraum
- Rechtssichere Regelung für Smart Stores mit Sonntagsöffnung
- Vereinfachung der Beantragung verkaufsoffener Sonntage



LEBENSMITTELEINZELHANDEL UND REGIONALE WERTSCHÖPFUNG

Im Lebensmitteleinzelhandel genießen Lebensmittel seit jeher eine hohe Wertschätzung. Durch gezielte Maßnahmen wie optimierte Lagerhaltung, regelmäßige Bestandskontrollen, optimierte Bestellsysteme und die Förderung von bewusstem Einkaufsverhalten wird sichergestellt, dass keine verzehrbaren Produkte verschwendet werden. Zudem pflegen Handelsunternehmen langjährige Partnerschaften mit örtlichen Erzeugern – viele Kooperationen bestehen seit Jahrzehnten. Dies zeigt, dass eine enge Zusammenarbeit von Handel und Produzenten wirtschaftlich

und nachhaltig funktioniert. Dabei zahlt der Lebensmitteleinzelhandel den Produzenten und Landwirten faire Preise und trägt so zu einer stabilen regionalen Wertschöpfung bei. Der Handel informiert Verbraucher aktiv über den Wert von Lebensmitteln und ermutigt zu einem verantwortungsvollen Umgang damit. Diese gebündelten Anstrengungen tragen maßgeblich zur Reduzierung von Lebensmittelverschwendung, zur Förderung nachhaltigen Konsumverhaltens, zur besseren Ernährung und zur Stabilisierung regionaler Landwirtschaft bei.

UNSERE FORDERUNGEN:

- Schärfung des öffentlichen Bewusstseins zur Wertigkeit von Lebensmitteln – vorzugsweise bereits bei Kindern und Jugendlichen als Verbraucher von morgen
- Das Verbot des sogenannten „Containerns“ muss bestehen bleiben – weggeworfenes Essen ist nicht mehr verzehrbare und stellt eine Gesundheitsgefahr dar
 - Der Lebensmitteleinzelhandel muss in seinem Versorgungsauftrag verstärkt unterstützt werden und Anerkennung erfahren



UMWELT UND ENERGIE

Der Einzelhandel leistet bereits einen erheblichen Beitrag zu Umwelt- und Energieeffizienz. Viele Betriebe haben in nachhaltige Lösungen investiert – von LED-Beleuchtung bis zur Nutzung erneuerbarer Energien. Doch bürokratische Hürden bremsen oft weitere Fortschritte. Gerade bei Genehmigungen für Photovoltaikanlagen, bei deren Inbetriebnahme und bei anderen Umweltmaßnahmen sind vereinfachte Verfahren dringend nötig.

Die Einführung kommunaler Verpackungssteuern halten wir für falsch. Um den Aufwand für Unternehmen, die in mehreren Kommunen ansässig sind, jedoch möglichst gering zu halten, braucht es für die Verpackungssteuer einen Rahmen, der vom Land vorgegeben wird, damit ein Unternehmen nicht mehr verschiedenen Regelungen konfrontiert wird. Unterschiedliche Regelungen führen nämlich zu Verwirrung und Wettbewerbsnachteilen für Unternehmen, die in mehreren Kommunen tätig sind. Hier braucht es klare, einheitliche Vorgaben, damit Betriebe effizient agieren können. Nur durch verlässliche Rahmenbedingungen lassen sich Klimaschutzmaßnahmen flächendeckend umsetzen.



UNSERE FORDER- UNGEN:

- Vereinfachung der Genehmigungsprozesse für den Bau und Betrieb von Photovoltaikanlagen
- Inbetriebnahme von Photovoltaikanlagen muss beschleunigt werden
- Einheitliche landesweite Regelungen für kommunale Verpackungssteuern
- Die Einspeisevergütung ins Netz muss wieder erhöht werden
- Bereits am Markt befindliche alternative Kraftstoffe (Bio-LNG) müssen gefördert werden





INTEGRATION

UNSERE FORDERUNGEN:

- Bereitstellung finanzieller Mittel, um die Umsetzung der Erwerbsmigration zu verbessern
- Vereinfachung von Zuwanderungsmöglichkeiten für Arbeitskräfte aus Drittstaaten
- Auszubildende aus dem Ausland müssen in Baden-Württemberg angemessen gefördert werden und vor allem nach erfolgreicher Ausbildung nahtlos weiterbeschäftigt werden dürfen

Für berufserfahrene Arbeitskräfte muss es auch ohne formale Qualifikation Wege in Beschäftigung geben. Unternehmen, die im Ausland rekrutieren wollen, aber auch Bewerber aus dem Ausland verlieren sich oft für viele Monate, teilweise Jahre, im Dickicht der Berufsanerkenntungsverfahren, Visavergaben, Ausländerbehörden. Politik und Verwaltung müssen hier beschleunigen und vereinfachen.

Gleichzeitig ist ein viel zu geringer Teil der Geflüchteten und Zugezogenen, die bereits in Deutschland leben, berufstätig. Bürokratische Hürden bei der Arbeitsaufnahme, aber auch Fehlanreize für Sozialleistungen statt Erwerbsarbeit verhindern den Einstieg und Verbleib in Arbeit. Arbeit ist allerdings der beste Weg zur Integration. Wer in Deutschland ist, sollte möglichst schnell arbeiten, Spracherwerb kann auch parallel erfolgen und in vielen unserer Teams funktioniert das auch gut.



AUSBILDUNG

Baden-Württemberg steht vor bedeutenden Herausforderungen im Bildungswesen, darunter der Fachkräftemangel, die Integration von Geflüchteten und der Einzug der Künstlichen Intelligenz in Bildung und Arbeitswelt.

Wir treten für eine grundlegende Erneuerung des Bildungssystems und gleichberechtigte Bedingungen für alle Bildungsakteure ein. Der Mangel an Lehrkräften und Erziehern gefährdet die Bildungsqualität und damit die Standortsicherheit unseres Landes. Wir setzen uns für eine Fachkräfteoffensive mit Ausbau von Ausbildungskapazitäten und Anerkennung von Quereinsteigerabschlüssen ein, um auch Frauen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern.



UNSERE FORDERUNGEN:

- Einführung eines Sondervermögens Bildung, um auch technisch ein gut ausgestattetes, qualitativ hochwertiges Bildungswesen im Land zu garantieren
- Bildungsinvestitionen ausbauen und freie Träger gleichberechtigt beteiligen
- Weiterbildung und Qualifizierung stärken, durch eine verlässliche Finanzierung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen
- Ganztagsbildung und -betreuung quantitativ und qualitativ ausbauen, in dem der Verteiler erhöht und angelerntes Betreuungspersonal eingesetzt werden

BAUEN



Reformen in der Baupolitik sind dringend notwendig, wir setzen uns für einen echten Neustart in der Baupolitik ein.

Denn insbesondere im Bereich der Infrastruktur gibt es immense Herausforderungen.

Marode Brücken, sanierungsbedürftige Straßen und ein überlastetes Schienennetz sind ein echter Standortnachteil für unser Land. Investitionen in diesen Bereichen dürfen nicht länger aufgeschoben werden. Beschleunigte Genehmigungsverfahren und eine ver-

lässliche Finanzierung sind der Schlüssel zu einer modernen, leistungsfähigen Basis für nachhaltiges Wachstum in unserer Region.

Vor allem dürfen sich Klimaschutz und Baupolitik nicht länger behindern. Wir fordern deswegen sowohl flexiblere Bauvorgaben als auch innovative Ansätze, um Nachhaltigkeit und Bezahlbarkeit zu verbinden. Nur mit einer Balance aus ökologischen und ökonomischen Zielen bleibt bauen in Baden-Württemberg attraktiv.

UNSERE FORDERUNGEN:

- Vereinfachung und Verschlinkung von Rechtsschutzverfahren. Umfassende Beteiligungs- und Klagemöglichkeiten über alle Instanzen sollten künftig zu Gunsten effizienterer und schnellerer Verfahren reduziert werden
- Um ein Nebeneinander von Handel und Wohnen zu ermöglichen, sollte die Technische Anleitung Lärm angepasst und eine Verlagerung der Messpunkte („Innenmessung statt Außenmessung“) sowie eine signifikante Erhöhung der Lärmwertgrenzen vorgenommen werden. Diese Maßnahme käme auch dem Wohnungsbau sehr zugute
- Berücksichtigung dieser Forderungen auch in der anstehenden Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes Baden-Württemberg





Der Handel in Baden-Württemberg – Zahlen, Daten, Fakten

- über 40.000 Handelsunternehmen in Baden-Württemberg
- drittgrößter Wirtschaftszweig in Baden-Württemberg
- 400.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte
- ca. 18.000 Auszubildenden und einem
- Umsatz von ca. 104 Mrd. Euro.
- zeichnet sich in Baden-Württemberg durch Vielzahl kleiner, familiengeführter Geschäfte aus
- 5,48 Mio. Kundenkontakte täglich allein in Baden-Württemberg
- deckt mit den Teilbranchen Lebensmittel, Technik, Persönliche Ausstattung, Möbel und Gartenausstattung alle Bereiche des täglichen Lebens ab

